



SOLIDARITÄT



Aus „Roter Helfer“ Juni 2027

100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024

In diesem Jahr feiert die Rote Hilfe ihr hundertjähriges Bestehen als Solidaritätsorganisation. Das nehmen wir als heutige strömungsübergreifende Rote Hilfe e.V. zum Anlass, auf diese einhundert Jahre zurückzublicken; auf einhundert Jahre wechselhafter Geschichte und einen vielfachen Wandel im Laufe dieser Zeit.

Zunächst war die Rote Hilfe eine an die Arbeiter*innenbewegung und die Kommunistische Partei angeschlossene Massenorganisation nach dem Vorbild der sowjetisch geprägten Internationalen Roten Hilfe MOPR. Es folgten Verbot, schwierige Tätigkeit im Untergrund und schließlich Zerschlagung in den Jahren des nationalsozialistischen Terrors. Erst in den politisch turbulenten 70er und 80er Jahren gründete sich die Rote Hilfe neu, ganz im Stil der politischen Kleingruppen sogar mehrfach – ein leider wenig erfolgreiches Konzept. Noch zentral an die Ausrichtung der KPD/ML angelehnt, gründete sich 1975 die Rote Hilfe Deutschlands, aus der schließlich die heutige strömungsübergreifende Rote Hilfe e.V. erwuchs.

In all diesen politisch wechselhaften Etappen blieben die Kernaufgaben der Arbeit der Roten Helfer*innen durch ein ganzes Jahrhundert hindurch immer die gleichen: Die ideelle und materielle Unterstützung politischer Gefangener, ihrer Angehörigen und Genoss*innen, die Organisation und Finanzierung von Rechtsbeiständen, Knastbesuchen und Prozessbegleitung, das Stemmen von Öffentlichkeitsarbeit und die inhaltliche und strukturelle Unterstützung von Kampagnen, die Veröffentlichung von Infomaterialien und vor allem das Sammeln von Spenden, Spenden und noch mehr Spenden. All das war schon immer notwendig, wo es staatliche Repression gegen linke Bewegungen und Proteste gab, und es wird auch notwendig bleiben, solange es linken Protest gegen das ausbeuterische kapitalistische System, gegen faschistische Umtriebe, gegen Rassismus, gegen patriarchale Strukturen und Ungleichheit und gegen die Zerstörung der Umwelt und damit der menschlichen Lebensgrundlagen gibt.

Der Blick auf unsere Geschichte kann uns nicht nur die verschiedenen Möglichkeiten staatlicher Schikanen und die Entwicklung der Repression zeigen – und damit, vor welchen Problemen wir schon standen und wie wir sie gelöst haben. Er führt uns auch die Entwicklung linker Strukturen und Bewegungen, deren Themen und deren innere Konflikte vor Augen. Vor allem aber kann er uns ermutigen angesichts der zahlreichen Genoss*innen, die für ihre – und damit oft auch unsere – Ideale gekämpft haben, angesichts der vielen Unterstützer*innen vor uns, die die gleiche Arbeit geleistet haben, wie wir sie heute leisten. Mal waren sie mehr, mal weniger erfolgreich, oft selbst von Repression betroffen, aber stets voller Mut und Überzeugung. Sie alle können und sollten uns eine Inspiration sein, um uns stets zu vergegenwärtigen, wie wichtig Solidarität war, ist und bleibt. Denn Solidarität war, ist und bleibt eine Waffe – unsere wichtigste Waffe überhaupt.

Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.



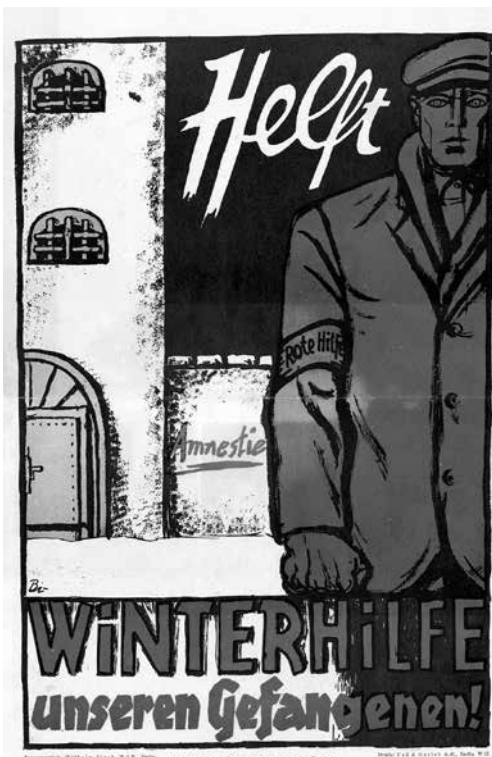
Massenhaft organisierte Solidarität Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik

Die staatliche Repression in der frühen Weimarer Republik machte organisierte Solidarität nötig: Die Rätebewegung 1918/1919, die sozialistischen Abwehrkämpfe gegen den rechten Kapp-Putsch 1920 und der Mitteldeutsche Aufstand 1921 wurden blutig niedergeschlagen und Tausende zu hohen Haftstrafen verurteilt. Schon im März 1921 hatte die Kommunistische Partei (KPD) deshalb Rote-Hilfe-Komitees initiiert, die Spenden für die politischen Gefangenen und ihre Familien sammelten. Strukturelle Probleme und Repression gegen die RH-Komitees führten zu einer Neuorientierung: Zum 1. Oktober 1924 wurde die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) als selbstständige, parteienübergreifende Mitgliederorganisation gegründet.

Die RHD war vor allem eine Organisation der Arbeiter*innenbewegung und zählte im Herbst 1932 rund eine Million mehrheitlich parteilose Einzel- und Kollektivmitglieder. Trotz des parteienübergreifenden Anspruchs hatte die KPD aber weiterhin prägenden Einfluss. An der Solidaritätsarbeit beteiligten sich viele Frauen*, was die Rote Hilfe Deutschlands durch gezielte Werbeaktionen förderte. Bis Frühjahr 1932 wuchs der Anteil weiblicher Mitglieder auf immerhin 27 Prozent an – weit mehr als in anderen Massenorganisationen oder Parteien. Die RHD erfuhr auch in liberalen bürgerlichen Kreisen breite Anerkennung, und fortschrittliche Künstler*innen, Schriftsteller*innen und Wissenschaftler*innen wurden Mitglied oder unterstützten einzelne Kampagnen.

Ein Schwerpunkt blieb die materielle Unterstützung für die politischen Gefangenen und ihre Angehörigen durch Geld- und Sachspenden. Bei Aktionswochen wie der jährlichen Winterhilfskam-

pagne sammelten die Rote-Hilfe-Aktivist*innen in Geschäften und Wohnvierteln Bargeld, Lebensmittel, Kleidung und Brennkohle. Zu Aushängeschildern der Familienhilfe wurden die RHD-Kinderheime Barkenhoff und Elgersburg, in denen die Kinder der Inhaftierten mehrwöchige Erholungsaufenthalte erleben konnten.



Für die Gefangenen selbst leistete die RHD persönliche, materielle, juristische und politische Unterstützung, indem sie die schlechten Haftbe-

dingungen anprangerte und für eine umfassende Amnestie eintrat. Die mehrfach wiederholten Kampagnen für die Freilassung aller politischen Gefangenen konnten zumindest Teilamnestien durchsetzen.

Reichsweite Zeitungen wie der „Rote Helfer“ und das „Tribunal“ sowie dutzende Broschüren prägten die Öffentlichkeitsarbeit, und auch auf Bezirks- und Ortsgruppenebene erschienen zahlreiche Publikationen. Hinzu kamen Vorträge, Massenkundgebungen, Solidaritätskonzerte und Agitprop-Auftritte in den proletarischen Stadtteilen.

Große Kampagnen führte die RHD nicht nur für eine Vollamnestie, sondern auch zu bedeutenden Repressionsfällen im In- und Ausland, zum Beispiel gegen die drohende Hinrichtung der Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti in den USA. In den frühen 1930er-Jahren dominierte der Kampf gegen die Notverordnungen und gegen Gesetzesverschärfungen die Tätigkeit, aber auch die Proteste gegen den § 218. Zudem rückten die mörderischen Angriffe in den Blickpunkt: Hunderte Aktivist*innen starben durch den NS-Straßenterror, aber auch durch die Polizei, die regelmäßig Schusswaffen gegen Demonstrationen einsetzte. Für die Hinterbliebenen und für dauerhaft Arbeitsunfähige rief die RHD einen „Mordabwehrfonds“ ins Leben. Wachsende Bedeutung gewann in dieser Phase der



Aus „Roter Helfer“ Juli 2027

Rechtsschutz für Angehörige der Arbeiter*innenbewegung, die nach Demonstrationen oder nach Auseinandersetzungen mit Nazis vor Gericht gestellt wurden. Die massive Repression in der späten Weimarer Republik brachte die RHD an ihre Grenzen: Ende 1932 zählte sie 9.000 politische Gefangene mit 30.000 bedürftigen Angehörigen, und 50.000 Angeklagte benötigten rechtlichen Beistand. Parallel nahmen die staatlichen Verfolgungen gegen die Solidaritätsorganisation selbst zu, und durch Veranstaltungs- und Zeitungsverbote sowie die Kriminalisierung von Spendensammlungen bewegte sich ein wachsender Teil der Arbeit in einer rechtlichen Grauzone.

Solidarische Hilfe im Untergrund Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

Die Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 traf die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) weitgehend unvorbereitet. Bei den Massenverhaftungen ab Ende Februar wurden viele Solidaritätsaktivist*innen in die Konzentrationslager verschleppt, bei den Hausdurchsuchungen wurden überall wichtige Unterlagen beschlagnahmt, und schon im März 1933 wurde die RHD verboten. Da ein Großteil der erfahrenen Mitglieder verhaftet worden war

oder sich verborgen halten musste, kam die Arbeit zunächst weitgehend zum Erliegen.

Um die zahllosen politischen Gefangenen und ihre Familien zu unterstützen, formierten sich aber viele Gruppen neu und passten sich den Bedingungen der Klandestinität an. Dabei spielten vor allem die weiblichen Mitglieder eine zentrale Rolle, weil viele von ihnen der ersten Verhaftungswelle entgangen waren. Während es in manchen Städten bei sporadischen Spendensamm-

lungen blieb, gelang es in anderen Regionen, eine gut organisierte illegale RHD-Organisation aufzubauen: Die Ortsgruppen bestanden aus konspirativen Kleinzellen, deren Tätigkeit von lokalen Leitungen und dem illegalen RHD-Bezirksvorstand koordiniert wurde.

Der Schwerpunkt lag auf der materiellen Hilfe für die Verfolgten: Die Familien der in „Schutzhaft“ verschleppten Antifaschist*innen wurden mit Geld- und Sachspenden versorgt, und über die Angehörigen schickten die Rote-Hilfe-Gruppen Päckchen an die Gefangenen. Daneben leisteten viele Solidaritätsstrukturen Öffentlichkeitsarbeit, protestierten mit Flugblättern gegen den NS-Terror, schrieben Parolen an Hauswände und verkauften RHD-Zeitungen an Genoss*innen. Viel Zeit nahm der „illegale Apparat“ in Anspruch: Ständig mussten die Roten Helfer*innen geheime Quartiere für Untergetauchte und neue Postdeckadressen für die klandestine Kommunikation suchen, und illegale Treffen waren aufwändig zu vereinbaren. In den grenznahen Regionen widmeten sich viele Ortsgruppen zusätzlich der Fluchthilfe für verfolgte Genoss*innen und dem Schmuggel antifaschistischer Literatur.

In den Nachbarländern hatte die Rote Hilfe Deutschlands schon ab Frühjahr 1933 so genannte Grenzstellen aufgebaut, die den ins Ausland geflüchteten Antifaschist*innen Essens- und Schlafplätze vermittelten und internationale Öffentlichkeitsarbeit leisteten. Die Exil-RHD und der in Berlin untergetauchte RHD-Zentralvorstand unterstützten die illegalen RHD-Gruppen in NS-Deutschland: Instruktur*innen halfen beim Aufbau vor Ort, und Kurier*innen überbrachten Informationen,



Druckschriften und Finanziarzuschüsse, die die internationale Arbeiter*innenbewegung gesammelt hatte.

Die NS-Behörden verfolgten die RHD mit größter Härte und werteten jede Solidaritätsgeste als „Vorbereitung zum Hochverrat“. Wiederholte Verhaftungen zerschlugen viele RHD-Strukturen, und es wurde immer schwieriger, sie neu aufzubauen und abgerissene Kontakte wiederherzustellen. 1938 beschloss die Leitung deshalb, die Rote Hilfe Deutschlands offiziell aufzulösen. An der Basis ging die solidarische Direkthilfe für Verfolgte aber bis zur Befreiung im Mai 1945 weiter.

Ueber 100.000 Antifaschisten
Parteilose, Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbanner schmachten im Kerker!

Mehr als 3000 Arbeiter und Intellektuelle
sind während einem Jahr Hitlerherrschaft ermordet worden!

Die Gefangenen
ihre Frauen und Kinder, die Hinterbliebenen der Ermordeten und die politischen Emigranten dürfen nicht hungern!

Solidarität
mit den Opfern des Antifaschistischen Freiheitskampfes!

Gebt für den Kampf- und Verteidigungsfonds der Internationalen Roten Hilfe

Die Werktätigen der Welt verteidigen die Arbeiterklasse Deutschlands

14 Millionen Roter Helfer an der Solidaritätsfront

Chronik

1.10.1924

Gründung der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) als Mitgliederorganisation: Innerhalb weniger Jahre wächst sie zur größten KPD-nahen Massenorganisation heran.

März 1933

Verbot der Roten Hilfe Deutschlands durch die Nazis: Die Solidaritätsarbeit wird illegal fortgeführt.

2.9.1938

Ende der Roten Hilfe Deutschlands: Die erweiterte Leitung der RHD beschließt, die durch den NS-Terror geschwächte Organisation aufzulösen.

Anfang 1970

Entstehung des Sekretariats Rote Hilfe in Westberlin: Erstmals benutzt eine Gruppe wieder den Namen Rote Hilfe. Aus dem SRH entwickelt sich später die undogmatisch-spontane rote Hilfe.

Ende August 1973:

Entstehung der maoistischen Roten Hilfe e. V.: Direkt nach dem Ford-Streik in Köln gründet die Kommunistische Partei Deutschlands (Aufbauorganisation) die Rote Hilfe e. V.



Unterschiedliche Ansätze der Solidaritätsarbeit Die Rote-Hilfe-Organisationen der 1970er-Jahre

Nach der Befreiung vom NS-Faschismus war die Idee der Roten Hilfe lange in Vergessenheit geraten, und erst die Protestbewegungen ab Mitte der 1960er-Jahre griffen sie mit verschiedenen politischen Zielsetzungen auf. Nicht-parteiorientierte Strömungen und neue kommunistische Parteien, die maoistisch geprägt waren, gründeten mit der roten Hilfe **★**, der Roten Hilfe e.V. und der Roten Hilfe Deutschlands jeweils ihre eigenen Solidaritätsstrukturen, die sich deutlich und in oftmals hartem Ton voneinander abgrenzten.

Unter dem Namen „Rote Hilfe“ trat ab Frühjahr 1970 erstmals das Westberliner Sekretariat Rote Hilfe (SRH) auf. Daraus entwickelte sich die spontaneistisch-undogmatisch geprägte rote Hilfe **★** in Westberlin, die sich der Unterstützung von politischen, aber auch sozialen Gefangenen widmete. Rund 30 Antirepressionsgruppen mit ähnlichen Konzepten schlossen sich an und bildeten ab 1972 ein eher loses bundesweites Netzwerk. Der enge Kontakt mit den Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion zog massive Repression nach sich, und interne Konflikte schwächten die rote Hilfe **★** zusätzlich. Ab Mitte der 1970er-Jahre waren nur noch zwei Gruppen aktiv.



Mit dem Rote Hilfe Komitee (RHK) hatte die Kommunistische Partei Deutschlands (Aufbauorganisation) seit 1971 eine eigene Solidaritätsstruktur in Westberlin unterhalten. Als sich die Repression gegen die Partei verschärfte, wandelte sich das RHK 1973 in einen bundesweit aktiven Verein namens Rote Hilfe e.V. um, der durch intensive Öffentlichkeitsarbeit auftrat und vor allem parteinahe Angeklagte und Verhaftete unterstützte.

Eine dritte Struktur entstand Anfang 1975, als die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) als eigene Mitgliederorganisation gründete, die bald über 20 Ortsgruppen hatte. Sie übernahm unter anderem Prozesskosten für parteinahe Aktivist*innen, die nach Demonstrationen oder wegen presserechtlicher Vorwürfe angeklagt wurden.

Der Niedergang der marxistisch-leninistischen Bewegung Ende der 1970er-Jahre traf auch die beiden parteinahen Solidaritätsorganisationen. Anfang 1979 löste sich die Rote Hilfe e.V. auf, und die Rote Hilfe Deutschlands musste empfindliche Mitgliederverluste hinnehmen, führte aber die Arbeit auf kleiner Flamme fort.

Neue Perspektiven für die Unterstützungsarbeit

Die Entstehung der heutigen Roten Hilfe e.V.

Zu Beginn der 1980er-Jahre hatte die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) mit massivem Mitgliederschwund zu kämpfen, die Einnahmen sanken extrem, und immer mehr Ortsgruppen stellten die aktive Arbeit ein. Einschneidende organisatorische Maßnahmen waren notwendig, um die schrumpfenden Strukturen zu erhalten und zumindest in kleinem Rahmen finanzielle Unterstützung bei Prozessen leisten zu können.

Die RHD hatte schon Ende der 1970er-Jahre versucht, über das Parteiemfeld der KPD/ML hinaus Fuß zu fassen und Kontakte in die neuen sozialen Bewegungen zu knüpfen, etwa bei Protesten gegen Atomkraftwerke und gegen Nazis. Die Bemühungen, sich politisch zu öffnen und zu einer parteiunabhängigen Solidaritätsorganisation zu entwickeln, verstärkten sich in den 1980er-Jahren. Damit einher gingen intensive interne Debatten, und bei mehrfachen Satzungsänderungen wurden allgemeinpolitische Programmpunkte gestrichen und die strömungsübergreifende Antirepressionspraxis in den Mittelpunkt gerückt.

Als in der Mitte des Jahrzehnts ein organisatorischer Tiefpunkt erreicht war, glückten erstmals breitere Bündnisse, bei denen die RHD ihr neues politisches Selbstverständnis erfolgreich vermitteln konnte. Den Wendepunkt brachte die Bundesdelegiertenkonferenz im April 1986, bei der sich die Organisation in Rote Hilfe e.V. um-

benannte und nochmals die Satzung grundlegend überarbeitete.

Innerhalb kurzer Zeit gab es hunderte Neubeitritte, neue Ortsgruppen entstanden, und die Strukturen stabilisierten sich. In Kampagnen und Bündnissen konnte die Solidaritätsorganisation ihre Kontakte ausbauen und weitere Tätigkeitsfelder erschließen. So engagierte sie sich beispielsweise gegen die Verfolgung der kurdi-



schen Bewegung und unterstützte die Aktivist*innen verschiedener Spektren, gegen die Verfahren nach §§ 129 und 129a eingeleitet wurden. Vor allem ab Mitte der 1990er-Jahre erlebte die Rote Hilfe e.V. nochmals einen enormen Wachstumsschub und entfaltete immer mehr Aktivitäten zu einer breiten Palette an Repressionsthemen.

Bundesweite strömungsübergreifende Solidarität für linke Aktivist*innen

Die heutige Rote Hilfe e.V.

Die Rote Hilfe e.V. ist mit inzwischen weit über 15.000 Mitgliedern eine bundesweit aktive strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation. Im Mittelpunkt steht die Unterstützung für linke Aktivist*innen unterschiedlichster sozialer Bewegungen, die wegen ihres politischen Engagements staatliche Repression erfahren. Zur Arbeit der Roten Hilfe e.V. gehören juristische und politische ebenso wie finanzielle Unterstützung, indem sie beispielsweise Gerichtskosten und Anwalt*innenrechnungen zur Hälfte oder auch vollständig übernimmt.

Die Rote Hilfe e.V. begleitet neben zahllosen kleineren Einzelprozessen gegen Linke auch umfangreiche Großverfahren nach den §§ 129/a/b und protestiert gegen hohe Verurteilungen in politischen Prozessen, gegen brutale Polizeigewalt und andere staatliche Kriminalisierungsmaßnahmen. Dabei sucht sie den engen Austausch mit den betroffenen Bewegungen, vermittelt ihnen das Konzept der Aussageverweigerung und bietet kostenloses Informationsmaterial zu vielen Repressionsformen an.

Eine zentrale Forderung ist die Freiheit für alle politischen Gefangenen, die die Roten Helfer*innen besonders beim jährlichen Aktionstag am 18. März – dem Tag der politischen Gefangenen – bundesweit auf die Straße tragen. Daneben engagiert sich die Solidaritätsorganisation gegen Grundrechtseinschränkungen und Gesetzesverschärfungen, etwa im Bereich der Polizei- und Versammlungsgesetze.

Den Großteil der Arbeit leisten die bundesweit rund 50 Ortsgruppen: Sie geben von Repression betroffenen Aktivist*innen juristische Tipps, vermitteln bei Bedarf solidarische Anwalt*innen und begleiten Prozesse mit politischer Öffentlichkeitsarbeit. Gemeinsam mit den Betroffenen bereiten sie Anträge auf finanzielle Unterstützung aus der Bundeskasse vor, über die der Bundesvorstand entscheidet. Die Ortsgruppen informieren Aktivist*innen bei

Vorträgen über ihre Rechte, organisieren Kundgebungen und Solipartys und beteiligen sich an lokalen Bündnisprojekten oder überregionalen Kampagnen, die sich gegen Repression wenden. Für den Austausch auf regionaler Ebene vernetzen sich die aktiven Mitglieder bei Ortsgruppen-Delegiertentreffen.

Alle zwei Jahre findet die Bundesdelegiertenversammlung (BDV) statt, das höchste Gremium der Roten Hilfe e.V., bei dem die weitere Arbeit diskutiert und der Bundesvorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt wird. Der Bundesvorstand verwaltet die Bundesfinanzen, erstellt Veröffentlichungen, koordiniert die Arbeit der Ortsgruppen sowie anderer Strukturen und erarbeitet Kampagnenvorschläge. Außerdem beschließt er jedes Jahr hunderte Anträge auf finanzielle Unterstützung.

Viele Unterstützungsfälle kommen aus der antifaschistischen Bewegung, von Klimagerechtigkeitsaktivist*innen sowie aus linken migrantischen Exilstrukturen. Nach den Protesten gegen den G20-Gipfel 2017 in Hamburg, die von massiver Repression überschattet waren, nahm die Solidarität für die Antiglobalisierungsbewegung viel Raum ein. Auch Aktivist*innen aus internationalistischen, antirassistischen und feministischen Kämpfen wenden sich an die Rote Hilfe e.V., wenn sie kriminalisiert werden.

Der Schwerpunkt der Unterstützung liegt auf Fällen strafrechtlicher Verfolgung, die oft mit Geldstrafen enden. Werden Aktivist*innen zu Haftstrafen verurteilt, werden die Betroffenen ebenfalls nicht alleingelassen: Politische Gefangene bekommen Zeitungen sowie juristische und finanzielle Hilfe, und der Kontakt wird durch Briefe, Besuche und Kundgebungen vor den Gefängnissen gehalten.

In beispielhaften Fällen unterstützt die Rote Hilfe e.V. auch Verwaltungsklagen etwa gegen Grundrechtseinschränkungen oder ausländerrechtliche Schikanen, und vereinzelt wird sie auch bei zivilrechtlicher Repression tätig.

26.11.1974:

Staatliche Repressionswelle gegen vermeintliche RAF-Unterstützer*innen: Die „Aktion Winterreise“ richtet sich unter anderem gegen die rote Hilfe **★**. Wenige Monate später ist das Netzwerk weitgehend zerschlagen.

26.1.1975:

Interne Gründungsversammlung der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) in Dortmund: Eine öffentliche Gründungsfeier folgt am 22.3.1975 in Hamburg.

24./25. Februar 1979:

Die Mitgliederversammlung der Roten Hilfe e.V. beschließt, die stark geschrumpfte Organisation aufzulösen.

26.4.1986:

Die heutige Rote Hilfe e.V. entsteht: Bei der Bundesdelegiertenkonferenz benennt sich die Rote Hilfe Deutschlands in Rote Hilfe e.V. um

und macht in einer erneuten Satzungsänderung ihren strömungsübergreifenden Ansatz deutlich. Damit überwindet sie den Tiefpunkt der letzten Jahre.

2023

Die Rote Hilfe e.V. überschreitet die Zahl von 15.000 Mitgliedern.



Hohe Anforderungen an die Antirepressionsarbeit Interview mit dem Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Aktuell und auch in dieser Ausgabe ist viel von den Jubiläumsaktivitäten zu lesen. Wie sieht die reale Praxis aus?

Dass die Rote Hilfe e.V. dieses Jahr das 100-jährige Bestehen organisierter Solidarität feiert, heißt nicht, dass die tägliche Arbeit deshalb auch nur einen Moment lang ruht. Tatsächlich ist die politische und praktische Unterstützung für von Repression betroffene linke Aktivist*innen dringend nötig: Die staatliche Verfolgung linker Bewegungen nimmt weiter zu und die Behörden zeigen sich äußerst erfindungsreich, wenn es darum geht, Gesetzesverschärfungen und Schikanen zu erdenken und Grundrechte abzubauen.

Antifaschist*innen, Klimagerechtigkeitsaktivist*innen, die migrantische Linke sowie internationalistische Proteste – aktuell die palästinensolidarische Bewegung – sind besonders im Fokus. Gerade Letztere dient im Moment als Experimentierfeld für zahlreiche Grundrechtseinschränkungen und Verbote. Zu all diesen Themen leistet die Rote Hilfe e.V. Öffentlichkeitsarbeit, organisiert Solidaritätskampagnen und steht Betroffenen juristisch, politisch und finanziell zur Seite.

Worin genau zeigt sich die verschärfte Repression?

Sie hat viele Gesichter: Höhere Geld- und immer häufiger auch Haftstrafen zeigen eine Verschärfung „klassischer“ Repressionsformen. Ein typisches Beispiel ist der § 114 StGB, der einen „tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte“ verfolgt und gern gegen Demonstrant*innen eingesetzt wird. Bereits eine abwehrende Handbewegung, mit der sich ein*e Aktivist*in vor dem Schlag eines Polizeiknüppels zu schützen versucht und dabei die Einsatzkräfte nicht einmal berührt, kann mit mindestens drei Monaten Haft bestraft werden. Auch wenn „nur“ eine Geldstrafe in entsprechen-

der Höhe verhängt wird, ist der*die Betroffene damit vorbestraft.

Vor allem aber Gefängnisstrafen sollen an den Aktivist*innen ein Exempel statuieren und auf die gesamte Linke abschreckend wirken. Für die Solidaritätsstrukturen ist es eine zusätzliche Belastung, die politischen Gefangenen zu betreuen und über die Mauern hinweg den Kontakt zu halten. Zugleich erweitert sich das Repressionsrepertoire, indem aufenthaltsrechtliche Maßnahmen oder zivilrechtliche Forderungen gegen Linke eingesetzt werden. Hinzu kommen Zensur und Angriffe auf die Pressefreiheit, Verbote, härtere Auflagen gegen Versammlungen und andere Grundrechtseinschränkungen. Massenüberwachung und vermehrte Verfolgung nach §§ 129, 129a und 129b StGB wegen „krimineller“ bzw. „terroristischer Vereinigung“ sollen ebenfalls der Durchleuchtung und Einschüchterung unbequemer Opposition dienen.

Das klingt nach einem staatlichen Frontalangriff. Wie sieht die konkrete Arbeit der Roten Hilfe e.V. dabei aus?

Glücklicherweise stehen wir nicht allein: Gegen Gesetzesverschärfungen und den Abbau elementarer Rechte können wir beispielsweise mit Grundrechtsorganisationen zusammenarbeiten. Auch bei der praktischen Begleitung von größeren Repressionsfällen gibt es Bündnisse, denn fast immer beteiligen sich lokale Solidaritätsgruppen oder eigens zu diesem Thema gegründete Komitees. Gemeinsam können die Betroffenen besser unterstützt und begleitende Aktivitäten in der Öffentlichkeitsarbeit organisiert werden. Eine besondere Herausforderung sind mehrjährige Prozesse mit vielen Beteiligten, in denen hohe Haftstrafen drohen oder richtungsweisende Urteile zu erwarten sind.

Dazu gehört auch der Rondenbarg-Komplex im Nachgang des G20-Gipfels 2017, bei dem jetzt die erstinstanzlichen Urteile anstehen. Welche Besonderheiten haben diese Prozesse?

Tatsächlich wird daran zum einen die Verschärfung der Repression sichtbar, zum anderen laufen seit Jahren Solidaritätskampagnen dazu, die einen langen Atem erfordern. Der G20 in Hamburg war ohnehin ein Gipfel der Repression und der Polizeigewalt, und im Nachgang folgte die ganze Bandbreite staatlicher Verfolgungsmaßnahmen.

Den wohl absurdesten Großkomplex stellen die Rondenbarg-Verfahren dar: Angeklagt wurden zunächst weit über 80 Gipfelgegner*innen, die sich am 7. Juli 2017 an einer Demonstration im Hamburger Straßenzug Rondenbarg beteiligt hatten. Die Versammlung wurde durch einen äußerst brutalen Polizeieinsatz zerschlagen. Später folgten Hausdurchsuchungen, Öffentlichkeitsfahndungen und schließlich die Anklagen.

Das eigentlich Groteske ist: Den Betroffenen werden keine individuellen Straftaten vorgeworfen. Stattdessen soll ihre bloße Anwesenheit vor Ort ausreichen, um ein „gemeinsames Tathandeln“ zu konstruieren und sie deshalb wegen einer ganzen

Reihe von Straftaten zu verurteilen, die sie gemeinschaftlich begangen haben sollen.

Welche Folgen hat das konkret?

Wenn das Gericht der Argumentation der Staatsanwaltschaft folgt, ist das für alle politischen Bewegungen folgeschwer. Künftig wären dann alle Teilnehmer*innen für jede Straftat haftbar, die bei einer Demonstration begangen wird – das hätte einen enorm abschreckenden Effekt, und viele Menschen würden es nicht mehr riskieren, von ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch zu machen.

Das ist auch ein Grund, warum der Prozess so viel Aufmerksamkeit erfährt. Mit diesem erstinstanzlichen Verfahren ist allerdings das letzte Wort noch nicht gesprochen, und das Thema wird uns noch einige Jahre begleiten.

Noch weit unübersichtlicher sind die zahllosen Verfahren gegen die antifaschistische Bewegung in Sachsen und Thüringen.

Die Antifa-Ost-Verfahren, in denen Antifaschist*innen als „kriminelle Vereinigung“ nach § 129 verfolgt werden, stellen einen extremen staatlichen Repressionsangriff dar. Durch den Vereinigungsparagrafen haben die Behörden ausufernde Überwachungs- und Repressionsbefugnisse, die alle Menschen einschüchtern sollen, die gegen Nazis aktiv werden wollen.

Der fast 100-tägige Prozess gegen Lina und drei Genossen, der am 31. Mai 2023 in der ersten Instanz mit hohen Haftstrafen endete, wurde von einer medialen und staatlichen Hetzkampagne flankiert. Um ein langwieriges Verfahren zu begleiten, ist langer Atem nötig, und es beansprucht die Kapazitäten solidarischer Zusammenhänge und der ganzen Bewegung vor Ort. Zudem liefen und laufen die Repressionsmaßnahmen weiter, und in anderen Verfahren sind weitere Genoss*innen beschuldigt.

Mit dem Strafverfahren in Budapest hat die Repression eine internationale Dimension bekommen. Welche Herausforderung bedeutet das für die Solidaritätsarbeit?

Verhaftungen und Prozesse in anderen Ländern sind eine große Herausforderung: Andere Gesetzeslagen und Rechtssysteme, Sprachbarrieren und die große Entfernung machen alles aufwändiger. Noch schwieriger wird es im Fall von Staaten, die eine explizit rechte Agenda vertreten und ganz offen auf rechtsstaatliche Minimalstandards pfeifen wie Ungarn.

Nachdem es im Februar 2023 beim „Tag der Ehre“, einem jährlichen Nazi-Großevent in Budapest, zu körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Faschisten und Antifas kam, läuft die Repressionsmaschinerie auf Hochtouren. Drei Genoss*innen wurden damals direkt verhaftet, und zu Jahresanfang begann in Budapest der Prozess. Gegen weitere Antifaschist*innen wird seither international



gefangendet. Mehrere Betroffene sind deshalb untergetaucht, um der Auslieferung nach Ungarn zu entgehen, wo ihnen bis zu 25 Jahre Haft drohen. Während Italien es schließlich ablehnte, einen weiteren Beschuldigten an das Orbán-Regime auszuliefern, benutzt die Bundesregierung den Fall für ihre eigene Repressionsagenda gegen die antifaschistische Bewegung. Mit der konkret drohenden Auslieferung an Ungarn sollen die Betroffenen, ihre Angehörigen und ihr soziales Umfeld genötigt werden, mit den Behörden zu kooperieren.

Im Mittelpunkt der Solidaritätskampagne zum Budapest-Komplex stand in den letzten Monaten Maja. Wer ist das?

Ende 2023 verhaftete die Polizei in Berlin mit Maja eine beschuldigte Person aus dem Budapest-Komplex. Nachdem das Berliner Kammergericht am Abend des 27. Juni 2024 der Auslieferung zustimmte, wurde Maja wenige Stunden später in einer Nacht-und-Nebel-Aktion über die Grenze geschafft – obwohl Eilrechtsschutz beantragt war. Als non-binäre Person ist Maja im offenen trans- und queerfeindlichen Ungarn besonders gefährdet, und die ohnehin menschenverachtenden Haftbedingungen sind noch schwerer zu ertragen. Und die Repressionswelle reißt nicht ab: Am 7. Mai 2024 wurde Hanna in Nürnberg verhaftet, der ebenfalls vorgeworfen wird, an antifaschistischen Aktionen in Budapest beteiligt gewesen zu sein.

Die Solidaritätsarbeit zu all diesen Großverfahren – und erst recht zu den internationalen – beansprucht viel Kraft und Ressourcen, nicht zuletzt finanzielle. Deshalb freuen wir uns über Unterstützung in Form von Solidaritätsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Spenden für die Prozesskosten und Begleitkampagnen.

Das alles zeigt, dass die Rote Hilfe e.V. sich großen Aufgaben gegenüber sieht. Dafür wünschen wir euch viel Energie. Vielen Dank für das Interview!

Spendenkonto für die Angeklagten im Rondenbarg-Verfahren und im Budapest-Verfahren:
Rote Hilfe e.V.
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
Stichwort: G20 / Stichwort: Budapest



Papierne Zeug*innen der Solidaritätspraxis Das Hans-Litten-Archiv sammelt Unterlagen der Antirepressionsarbeit

Vorstand des Hans-Litten-Archivs

Hundert Jahre Rote Hilfe – das sind hundert Jahre unterschiedlichster Formen von organisierter Solidaritätsarbeit. Sie reichen von Rechtshilfeberatungen und Gefangenenhilfe über Öffentlichkeitskampagnen, Vorträge und große Antirepressionsdemonstrationen bis hin zu politischer und finanzieller Unterstützung für unzählige Betroffene. Viele Aktionen, Themen und Ereignisse geraten nach einigen Jahren leider in Vergessenheit, andere hinterlassen zumindest Spuren, weil sie in Flugblättern, Plakaten, Zeitungen und Broschüren festgehalten wurden oder als Anstecknadeln, Fahnen und Aufkleber an Kampagnen erinnern.

Diese Dokumente zu sichern und für die Erforschung nutzbar zu machen, ist die Aufgabe des Hans-Litten-Archivs (HLA), das sich der Ge-

schichte der Solidaritätsorganisationen der Arbeiter*innen- und der sozialen Bewegungen verschrieben hat. Es verwahrt Materialien der verschiedenen Rote-Hilfe-Organisationen und weiterer Solidaritäts- und Antirepressionsgruppen der letzten hundert Jahre. Mit Veröffentlichungen und Vorträgen versucht das Archiv, die Geschichte der Antirepressionsarbeit bekannt zu machen, und auf der Homepage können historische Broschüren und Zeitungen als PDFs eingesehen werden. Unter anderem für die Recherchen und Publikationen zum 100-jährigen Bestehen bildeten die im HLA verwahrten Bestände eine wichtige Grundlage.

Um die Geschichte der Solidaritätsorganisationen und -gruppen möglichst gut dokumentieren zu können, ist das Hans-Litten-Archiv darauf angewiesen, Material zu früheren und aktuellen Aktivitäten zu bekommen. Allzu oft gehen diese papiernen Zeug*innen der Solidaritätspraxis verlo-

ren – und nur selten sind Wasserrohrbrüche oder polizeiliche Beschlagnahmen der Grund. Meist werden die Unterlagen beim umfassenden Aufräumen von Wohnungen und Infoläden oder bei Haushaltsauflösungen achtlos entsorgt. Damit gehen oft die einzigen Dokumente von Antirepressionskampagnen oder ganzen Gruppen verloren. Egal ob Aufruf zur Antirepressionsdemonstration, Prozessklärung oder Redebeitrag, Flyer oder Sharepic für Solikonzert oder RH-Vortrag, Zeitung von Rote-Hilfe- oder sonstiger Solidaritätsstruktur, Broschüre gegen Gesetzesverschärfungen, Plakat gegen Polizeigewalt oder Sticker gegen Überwachung: Das Hans-Litten-Archiv freut sich auf eure Materialspenden! Und selbstverständlich sind auch Geldspenden und neue Fördermitglieder stets willkommen ...

Es lohnt sich ein Besuch der homepage:
www.hans-litten-archiv.de



12 Postkarten im Block verleiht
Erhältlich beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V.

litteraturvertrieb@rote-hilfe.de
rote-hilfe.de/litteraturvertrieb



Rote Hilfe in Wort und Bild, auf Leinwand und Bühne Ein Überblick über die Jubiläumsaktivitäten

Zum 100-jährigen Bestehen organisiert die Rote Hilfe e. V. vielfältige Aktionen – oft in Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen und Gruppen. Neben den zahllosen Jubiläumsveranstaltungen der Ortsgruppen gibt es auch mehrere größere Projekte, die von der AG „100 Jahre Rote Hilfe“ initiiert und in vielen Städten aufgegriffen wurden. Dazu zählen der Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“ und eine Ausstellung, die ebenfalls die 100-jährige Geschichte der Solidaritätsorganisationen dieses Namens nachzeichnet. Den bundesweiten Auftakt der Jubiläumsaktivitäten bildete die Gala im Februar 2024 in Hamburg.

AUSSTELLUNG

100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024 Mehr als nur Roll-ups

Bei der 100-Jahre-Gala am 10. Februar 2024 in Hamburg wurde erstmals die Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“ gezeigt, die auf fünfzehn reich bebilderten Tafeln die Phasen der

mit großformatigen Illustrationen weitere Einblicke in Aktivitäten und Veröffentlichungen gibt. Außer als gedruckte Broschüre, die für einen Unkostenbeitrag im Literaturvertrieb der Roten Hilfe e. V.



Solidaritätsarbeit und die Praxis der verschiedenen Roten Hilfen nachzeichnet. Seither wurde sie in vielen Städten gezeigt – teils als Roll-ups, teils als Plakatversion in verschiedenen Formaten, aber immer umrahmt von Vorträgen, Filmvorführungen und anderen Begleitveranstaltungen.

Auf die ersten vier Tafeln, die sich der Roten Hilfe Deutschlands der Weimarer Republik widmen, folgen zwei zur Tätigkeit in der Illegalität ab 1933. Die drei Rote-Hilfe-Organisationen der 1970er-Jahre – die undogmatisch-spontaneistische rote hilfe ★ sowie die Rote Hilfe e. V. und Rote Hilfe Deutschlands, die von der KPD/AO und der KPD/ML gegründet wurden – werden anschließend jeweils gesondert vorgestellt. Über den Übergang von der Roten Hilfe Deutschlands zur heutigen Roten Hilfe e. V., die Entwicklung in den 1990ern sowie im neuen Jahrtausend berichtet jeweils eine Tafel. Den Abschluss bilden Struktur, Unterstützungspraxis und Themenschwerpunkte der heutigen Roten Hilfe e. V.

Selbstverständlich kann eine Ausstellung nur einen kurzen und immer allzu oberflächlichen Abriss geben. Um für Interessierte weiterführende Hintergrundinformationen anzubieten, wurde zugleich ein 76-seitiger Begleitkatalog erstellt, der die einzelnen Epochen detailreich darstellt und

erhältlich ist, steht eine Version in niedriger Auflösung als PDF zum Download auf der 100-Jahre-Sonderseite bereit – ebenso wie die Ausstellungstafeln selbst.

Zusätzlich sind dort Berichte von Roten Helfer*innen verschiedener Jahrzehnte als Audio-Dateien veröffentlicht – teils neu eingesprochen, teils im Original –, die persönliche Perspektiven auf die Solidaritätsarbeit einbringen: Lisa Pleul berichtet aus der Gründungsphase in der Weimarer Republik, während Gustav Gundelach verschiedene Tätigkeitsfelder dieser Zeit umreißt. Die Schwierigkeiten der illegalen Rote-Hilfe-Tätigkeit ab 1933 schildern Lore Wolf und Selma Hahn, und mehrere Interviewauszüge mit Heiner aus der OG Bielefeld widmen sich der Roten Hilfe Deutschlands der 1970er-Jahre, dem Übergang zur Roten Hilfe e. V. und prägenden Themen bis zur Jahrtausendwende. Weitere Beiträge werden nach und nach folgen. Wer also die Ausstellung nicht bei sich vor Ort besuchen kann, findet alle Materialien auf der 100-Jahre-Sonderseite:

<https://rote-hilfe.de/kampagnen/100-jahre/ausstellung-100-jahre-rote-hilfe-1924-2024>

Wer die Ausstellung bei sich vor Ort zeigen möchte, kann die 100-Jahre-AG kontaktieren unter 100jahre@rote-hilfe.de

FILM

Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe Ein Film zur Solidaritätsarbeit von der Weimarer Republik bis heute

Am 7. März 2024 hatte der Film über die Geschichte und Gegenwart der Rote-Hilfe-Organisationen in Mannheim Premiere, und seither wurde er in dutzenden Städten in Programmkinos oder linken Zentren gezeigt. Mit 109 Minuten nimmt „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“ sich Zeit, um die komplexen Entwicklungen zu beleuchten: Beginnend bei der Roten Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik und in der Illegalität während des NS-Faschismus, schlägt die Dokumentation einen Bogen über die Neugründung von Rote-Hilfe-Strukturen in den frühen 1970er-Jahren bis zur heutigen Roten Hilfe e. V.

Beispielhafte Repressionsfälle zeigen Aktionsfelder aus diesen Phasen auf und nähern sich dem Thema aus verschiedenen Perspektiven: In Interviews kommen linke Aktivist*innen aus unterschiedlichen Bewegungen zu Wort, die angeklagt oder inhaftiert wurden und solidarische Unterstützung erfuhren, ebenso wie Rote-Hilfe-Mitglieder, die die Prozesse begleiteten und Kampagnen organisierten. Während zur Weimarer Republik und

Illegalität Historiker*innen und eine Zeitzeugin befragt werden, schildern ein früherer Atomkraftgegner und eine Aktivistin, die wegen ihres Protests gegen Isolationshaft als vermeintliche RAF-Unterstützerin verfolgt wurde, zentrale Bereiche der 1970er- und 1980er-Jahre. Aus der Gegenwart nehmen unter anderem die Solidaritätsarbeit für einen inhaftierten Antifaschisten und eine Klimagerechtigkeitsaktivistin viel Raum ein.

Dabei wird deutlich, dass Unterstützungspraxis, Themen und politische Schwerpunkte einige Kontinuitäten, aber auch Änderungen und Brüche erfahren haben. Als roter Faden zieht sich die praktische und organisierte Solidarität durch alle Jahrzehnte.

Der Trailer zum Film ist auf der 100-Jahre-Sonderseite der Roten Hilfe e. V. zu finden:

<https://rote-hilfe.de/kampagnen/100-jahre/film-solidaritaet-verbindet-100-jahre-rote-hilfe>

Dokumentarfilm, D 2024, 109 Min.

MERCH UND MATERIAL ZU 100 JAHRE ROTE HILFE

T-Shirts schwarz, weiß, rot, marine, bordeaux XS-XXL: 15,- €

Kugelschreiber silber auf rot: 1,50 €

Turnbeutel weiß auf schwarz: 12,- €

Taschen weiß auf rot: 8,- €

Postkarten 8 Motive im Set: 4,- €

Ausstellungskatalog DIN A4, 76 Seiten, farbig: 5,- €

Erhältlich beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e. V.
literaturvertrieb@rote-hilfe.de
rote-hilfe.de



Ein Fest der Solidarität 100 Jahre Rote Hilfe – Die Gala

Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg

Das Jubiläumsjahr 2024 läutete die Rote Hilfe mit einer großen Festgala in Hamburg ein. Am 10. Februar 2024 lud unsere Organisation Vertreter*innen aller Ortsgruppen und Rote-Hilfe-Strukturen sowie viele weitere linke Organisationen und Grund- und Bürgerrechtsinitiativen in den Ballsaal des Millerntorstadions des FC St. Pauli, um 100 Jahre Rote Hilfe in einem denkwürdigen Rahmen zu begehen.

Neben Sekttempfang und kulinarischer Verpflegung für die etwa 250 anwesenden Aktivist*innen und Gäste gab es ein abendfüllendes politisches und kulturelles Programm. Zu Beginn stand das Grußwort zweier Mitglieder des aktuellen Bundesvorstands, die kurz auf die wechselvolle Geschichte unserer Organisation eingingen und zur Vertiefung die ebenfalls im Ballsaal gezeigte Ausstellung empfahlen. Mehr Worte verdiente „das wohl

entscheidende und verbindende Element der zehn Jahrzehnte“: Die Solidarität und ihre manchmal zu Tage tretenden Fallstricke. „Die nicht ausbleibende Hilfe, das Sich-auf-einander-Beziehen und für Geschlossenheit und Nähe Sorgen“ seien ihre Grundpfeiler. Denn, so Heinz und Sam vom Bundesvorstand, „die großen Fragen der politischen Strategie und das Austragen der Widersprüche sollten nicht die Sache der Antirepressionsarbeit sein. Eine Solidarität, die auch bei Widersprüchen innerhalb der Linken nicht zerbricht, ist nur möglich, wenn sie immer wieder ihre verbindenden Elemente sucht, den gemeinsamen Nenner. Wenn sie weiß, wann es Zeit ist, die Arme zu verschränken, anstatt zu streiten.“

Im weiteren Verlauf des Abends hörten die Anwesenden Reden und Grußworte von Katharina König-Preuss (MdB, Die Linke), Waltraut Verleih (Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, RAV), Alassa Mfouapon (Geflüchteten-Aktivist

sowie von zwei ehemaligen politischen Gefangenen. Sie alle schilderten auf unterschiedliche, jedoch eindrucksvolle Weise, wie die Rote Hilfe ihnen oder anderen in ihrem Kampf unterstützend zur Seite stand und was das „Prinzip Solidarität“ in der Praxis ausmacht. Die Rede des Bundesvorstands kann auf rote-hilfe.de nachgelesen werden, und auch von anderen Beiträgen gibt es Audiomitschnitte bei Radio Dreyeckland (<https://rdl.de/tag/rote-hilfe>).

Zwischen den Redebeiträgen gab es abwechslungsreiche musikalische Auftritte von Bernadette La Hengst, Finna, Lisa Politt & Gunther Schmidt und Yok. Gegen 22 Uhr war das offizielle Programm beendet, und viele nutzten die Gelegenheit, mit so vielen Ge-



noss*innen gemeinsam in Hamburg zu sein, um auf der anschließenden Party der Ortsgruppe Hamburg dem Anlass entsprechend bis tief in die Nacht zusammen weiterzufeiern.



Das Bonner Festkomitee begeht „100 Jahre Rote Hilfe“

Rote Hilfe Ortsgruppe Bonn

Im Oktober 2023, noch vor der (Karnevals-) Saison, ward ein Festkomitee gegründet – das „Bonner Festkomitee 100 Jahre Rote Hilfe“. Die Aktivengruppe der Roten Hilfe OG Bonn hatte geladen, und es kamen genügend Leute, um eine Veranstaltungsreihe zu stemmen samt einer Dauer- und einer Pop-up-Ausstellung.

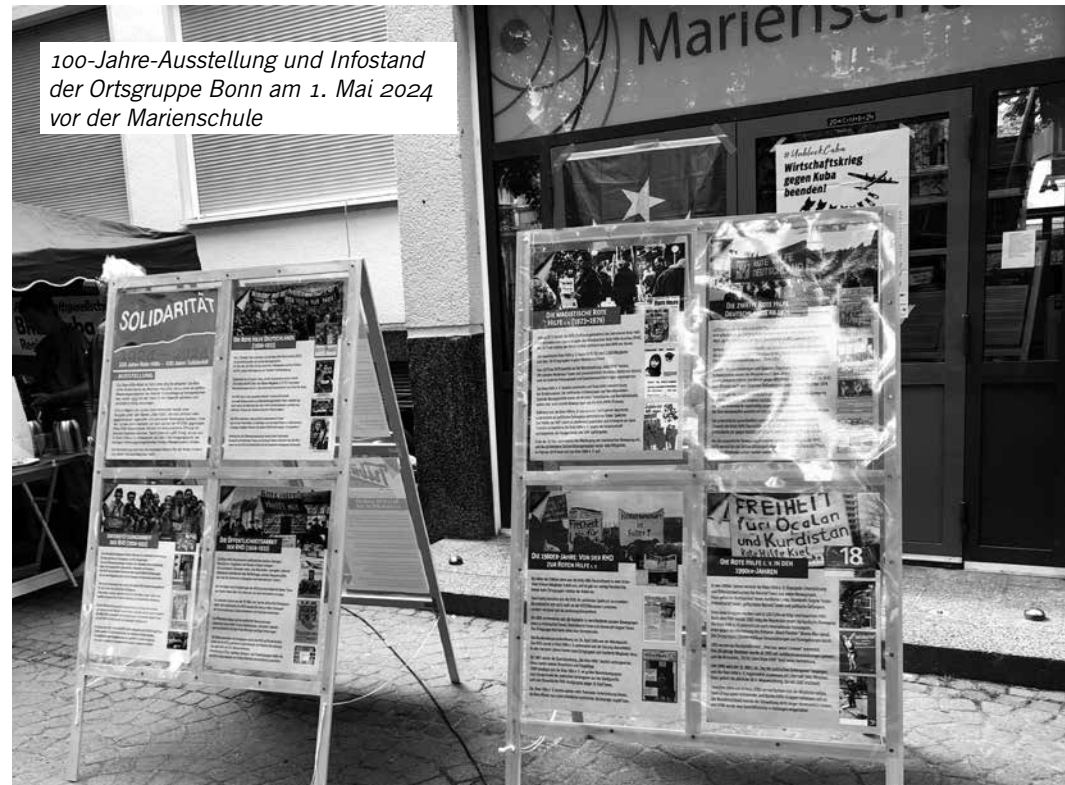
Zur Festgala der Roten Hilfe im Februar ließ sich nur eine Person delegieren, schließlich fiel der Termin auf Karneval. Und doch: Mit dem Rückenwind aus Hamburg ging es im März der Vernissage entgegen. Die Alte VHS, ein selbstorganisiertes Kulturzentrum, öffnete ihre Tore für die 100-Jahre-Ausstellung, die dort noch bis Oktober zu sehen ist. 70 Leute drängten sich, als Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv) referierte: „Schafft Rote Hilfe‘ – Die Rote Hilfe in der Weimarer Republik und unter dem NS-Faschismus“, ein lehrreicher Vortrag, gespickt mit lokalgeschichtlichen Bezügen.

Noch im Frühjahr ging es weiter mit einem Antifa-Abend zu „Repression gegen Antifaschismus“, mit dem Film „Solidarität verbindet – 100

Jahre Rote Hilfe“ und einem Solikonzert von drei Punkbands mit dem Main Act „Resistance ‘32“.

Am Vorabend des 1. Mai wurde gesägt und geschraubt: Die 16 Ausstellungsplakate mussten auf zwei große Holzständer mit jeweils vier A2-Plakaten auf Vor- und Rückseite. Damit ging es am 1. Mai an drei Orten auf die Straßen und Plätze der Stadt. Der nächste Einsatz der mobilen Ausstellung wartete im Juni im Garten des Oscar-Romero-Hauses bei einer Präsentation des Buches „Geflohen. Verboten. Ausgeschlossen“ zur kurdischen Diaspora und bei einer musikalischen Lesung mit Kai Degenhardt zur Geschichte der „Arbeiterlieder und Arbeiterkämpfe“ – in der sich auch die Historie der Roten Hilfe spiegelt.

Mit dem Solidaritätslied im Ohr – „Vorwärts und nie vergessen, worin unsre Stärke besteht“ – also in die Sommerpause, bevor danach noch eine 14-tägige Ausstellung in einem etwas größeren Kulturverein, der Abend „Berufsverbote gestern und heute“ und ein Abschlusskonzert anstehen. Spätestens wenn dort die Band „Parallelgesellschaft“ aufwartet, sollte klar sein: Bonn kann nicht nur Karneval.



Auf den Spuren grenzüberschreitender Solidarität Rote-Hilfe-Radtour zu Fluchtrouten in der NS-Zeit

Rote Hilfe Ortsgruppe Oldenburg

Auf besondere Weise beschäftigten sich die Teilnehmer*innen der Radtour „Grenzenlose Solidarität“ mit der 100-jährigen Geschichte unserer Organisation. Anfang Juni 2024 befuhren sie die Fluchtwege von politisch Verfolgten aus NS-Deutschland sowie ihrer Fluchthelfer*innen im deutsch-niederländischen Grenzgebiet, ganz im Nordwesten der Republik. Diese Fluchthilfe rettete vielen Menschen das Leben. Organisiert von der illegalen KPD und der Roten Hilfe, ausgeführt und unterstützt von der lokalen Bevölkerung im Grenzgebiet, ist sie ein herausragendes Beispiel grenzüberschreitender Solidarität und Menschlichkeit.

Mit den Worten eines Teilnehmers: „Zwischen Moor, Marsch und Wattenmeer folgten wir den Spuren verfolgter Antifaschist*innen und ihrer Helfer*innen. Wie selbstverständlich überquerten wir die niederländische Grenze – sie war auch für die Genoss*innen damals nur ein schmaler Graben zwischen zwei Wiesen. Solidarität erfuhren sie auf der einen wie auf der anderen Seite.“

Die Tour startete in Emden, von dort ging es nach Petkum, wo die Teilnehmenden eine kleine Fähre bestiegen, die auch schon die Genoss*innen vor rund 90 Jahren über die Ems gebracht hatte.



Die Gruppe fuhr auf einer Strecke von insgesamt ca. 70 Kilometern die Erinnerungstafeln ab, die die „Initiative Fluchtwege 1933–1945“ in den letzten Jahren errichtet hatte. Sie informieren an den historischen Orten über die Akteur*innen und die Bedingungen der Fluchthilfe. Einige Aktive der Initiative begleiteten die Tour und bereicherten sie mit ihrem Wissen.

Nachdem sich die Gruppe am Übernachtungsort Papenburg eingefunden hatte, stand am nächsten Tag der Besuch der Gedenkstätte Esterwegen an. Die Emsland-Lager gehörten zu den frühen Konzentrationslagern. Hier wurden politische Gegner*innen inhaftiert, gequält und ermordet. Auch Hans Litten, der berühmte Anwalt der Roten Hilfe, war hier eingesperrt.

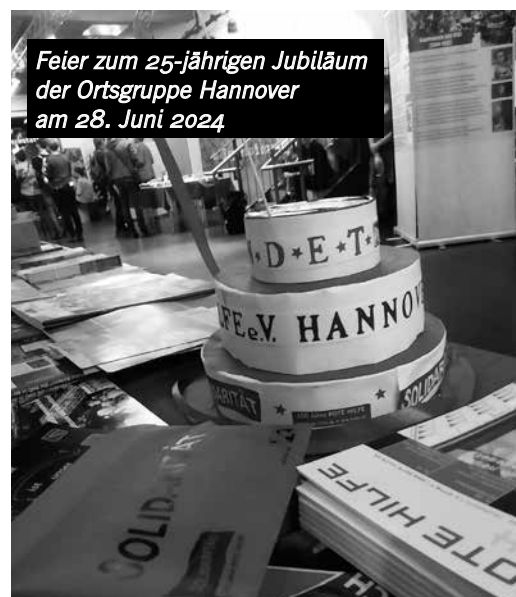
Mit bewegenden Eindrücken im Gepäck machten sich die Teilnehmenden wieder auf den Weg nach Hause. Eine Teilnehmerin resümierte: „Wir haben an diesem Wochenende einen Teil proletarischer Widerstandsgeschichte kennengelernt, der für viele von uns neu und bewegend war. Die praktische Solidarität von damals kann uns auch heute ein Vorbild sein.“

Die Tour wurde organisiert von der Ortsgruppe Oldenburg in Kooperation mit der „Initiative Fluchtwege 1933–1945“.

► <https://fluchtwege1933-1945.de/>

100 Jahre Rote Hilfe – 25 Jahre Rote Hilfe e. V. in Hannover

Rote Hilfe Ortsgruppe Hannover



„... die Welt ist was Gemachtes“ (Dota Kehr), und so ist auch die Rote Hilfe etwas, was gemacht werden muss, damit es sie gibt. Das versuchen wir in

Hannover seit der Neugründung der Roten Hilfe vor einem Vierteljahrhundert.

Während dieser Text entsteht, nähert sich das Datum unseres „Tages der Begegnung“ anlässlich dieses Jubiläums. An dem Tag wird gefeiert mit Sekt und Selters, und abends werden „Die Grenzgänger“ aus ihrem reichhaltigen Fundus linker Lieder für uns spielen.

Kultur und Politik war von Beginn an eine Formel unserer Arbeit: Mit der Lesung von Gedichten von Nâzum Hikmet in drei Sprachen gewannen wir den Zugang zu Gruppen der migrantischen Linken, Konzerte von antifaschistischen Liedern festigten die Zusammenarbeit mit der VVN–BdA (dieses Jahr gab es Lieder und Texte mit Bernd Köhler, Joachim Romeis und Bettina Franke: „Nie wieder 33“).

Es war auf einem Fest, dass wir die Kommunistin Elfriede Kautz kennenlernten, die erfreund feststellte, dass es die Rote Hilfe immer noch gibt – sie war als junges Mädchen in Frankfurt auf einer Demonstration für Sacco und Vanzetti gewesen und damals in die RHD eingetreten. Es war auf einem von der RH organisierten Fest, dass kurdische und deutsche Linke sich nach langer Zeit wieder näherkamen.

Wir müssen uns nicht einig sein in allem, aber gemeinsam Lieder zu singen und zusammen zu tanzen ermöglicht es, eine Grundlage zu schaffen, auf der Solidarität wachsen kann. Und überhaupt: Unsere Feste sind die Niederlagen kapitalistischer Herrschaft: Die Lust am Leben!

Selbstverständlich haben wir zum 100-jährigen Bestehen der RH und 25. Jubiläum unserer Ortsgruppe auch eine ganze Reihe von inhaltlichen Veranstaltungen gemacht, mit Filmen und Vorträgen, zu Internationalem (Iran, Mumia) und zu den Geflüchteten in Griechenland) und Hiesigem („Was tun wenn’s brennt“), zu Aktuellem (Budapest-Verfahren) und Vergangenen (Erich Mühsam).

Wissen zu vermitteln, Kontexte herzustellen und diskutierbar zu machen ist überlebenswichtig für eine lebendige Linke (wer nix weiß, muss alles glauben) und macht eine fundierte Gegenwehr gegen Repression erst möglich.

Bei allen Veranstaltungen versuchen wir, Kooperationspartner*innen zu finden, um den Zusammenhalt der Linken zu stärken. Oft sitzen dort DKPler*innen neben Antira-Aktivist*innen, Anarcha*os neben Maoist*innen, Antifas neben Kli-

ma-Aktivist*innen, und sie können einander kennenlernen, miteinander ins Gespräch kommen, einander zuhören und dabei bemerken, dass es sich lohnen kann, den eigenen Horizont zu erweitern. Vor allem und im besten Fall ergibt sich: sich nicht gegenseitig im Stich zu lassen.

Denn: „Solidarität muss praktisch werden!“, wie wir an anderer Stelle schrieben: „Wir selbst können Verbindungen aufnehmen, auch mit migrantischen Freundinnen und Freunden, wir selbst können dafür sorgen, dass wir gemeinsam überall und alltäglich mit ihnen zusammen feiern, arbeiten, voneinander lernen und gemeinsam kämpfen! Wir können das von Seiten des Staateschutzes immer und immer wieder thematisierte Interesse daran, uns zu vereinzeln, uns zu isolieren, durchbrechen.“

Erich Mühsam schrieb Ähnliches schon im Jahre 1920: „Aktionsprogramm, Parteistatut, Richtlinien und Verhaltenslehren, schöpft nur aus allen Quellen Mut! Ein jedes Kampfsystem ist gut, das nicht versagt vor den Gewehren!“ (Die Gewehre nehmen wir heutzutage mal als Metapher.)

Ansonsten bleiben wir unabhängig, aber freilich parteilich!



Veranstaltungen von Rote Hilfe Ortsgruppen

Bielefeld

09. August 2024 19.00 Uhr

„Schafft Rote Hilfe!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik und unter dem NS-Faschismus Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv) Bürger_innenwache, Rolandstr. 16, Bielefeld

Bochum

07. Oktober 2024 19.00 Uhr

„Schafft Rote Hilfe!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik und unter dem NS-Faschismus Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv) Soziales Zentrum, Josephstr. 2, Bochum

Bonn

17. Oktober – 17. November 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

► 17. Oktober 2024 20 Uhr

Vernissage mit Veranstaltung „Berufsverbote gestern und heute“

► 17. November 2024 (Uhrzeit noch nicht bekannt)

Finissage voraussichtl. mit dem Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Kulturzentrum Kult41, Hochstadenring 41, Bonn

Noch bis Mitte Oktober 2024

Dauerausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“

Alte VHS, Rölsdorfstraße 20, Bonn-Beuel

Bremen

20. September – 12. Oktober 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

► 20. September 2024 20.00 Uhr (Ausstellungseröffnung 18.00Uhr):

„Schafft Rote Hilfe!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik und unter dem NS-Faschismus Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Paradox, Bernhardstr. 12, Bremen

Chemnitz

28. September – 06. Oktober 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

► 28. September 2024 18.00 Uhr

Jubiläumsveranstaltung mit Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“

mit Input zu 100 Jahre Rote Hilfe und Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Subbotnik, Vetterstraße 34a, Chemnitz

Dortmund

16. September – 25. September 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

► 19. September 2024 18.30 Uhr

Vortrag über die Geschichte der Roten Hilfe in Dortmund

Dietrich-Keuning-Haus, Leopoldstraße 50-58, Dortmund

08. Oktober 2024 19.00 Uhr

„Frauen in der Roten Hilfe Deutschlands“ Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Ort wird noch bekanntgegeben

Frankfurt

08. September 2024 18.00 Uhr

Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

FilmForum Höchst, Emmerich-Josef-Str. 46a, Frankfurt/M.

im Oktober jeden Samstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

Faites Votre Jeu, Autonomes Zentrum im ehem. Polizeigefängnis Klapperfeld, Klapperfeldstr. 5, Frankfurt/M.

Göttingen

18. September 2024 19.00 Uhr

„Schafft Rote Hilfe!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik

und unter dem NS-Faschismus Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Rote-Hilfe-Haus, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen

Hannover

30. August 2024 17.00 Uhr

Konzert und Vortrag „Solidarität mit Cuba“

Freizeitheim Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92, Hannover

12. September 2024 20.00 Uhr

Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Kino im Sprengel, Klaus-Müller-Kilian-Weg 2, Hannover

19. September 2024 19.30 Uhr

„Frauen in der Roten Hilfe Deutschlands“ Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

UJZ Korn, Kornstr. 28-32, Hannover

27. September 2024 19.00 Uhr

„Freiheit für Leonard Peltier!“ Vortrag, Film und Diskussion

FZH Linden, Windheimstr. 4, Hannover

Heidelberg

09. September 2024 19.30 Uhr

„Schafft Rote Hilfe!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik

und unter dem NS-Faschismus Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

Volkshochschule Heidelberg, Bergheimer Str. 76, Heidelberg

15. Oktober 2024 19.00 Uhr

Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Café Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg

Noch bis 11. August 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe“

Café Gegendruck, Fischergasse 2, Heidelberg

Heilbronn

18. Oktober – 25. Oktober 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

► 18. Oktober 2024 20.00 Uhr

„Die Rote Hilfe in Heilbronn in der Weimarer Republik. Teil der Arbeiterbewegung zwischen Solidarität

und Repression“ Vortrag mit Markus Dieterich, Ausstellungseröffnung ab 19.00 Uhr

► 25. Oktober 2024 19.30 Uhr

„Die Roten Helferinnen – Frauen in der Roten Hilfe Deutschlands“

Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv), Finissage der Ausstellung ab 18.00 Uhr

DGB-Haus Heilbronn, Gartenstr. 64, Heilbronn

22. Oktober 2024 20.00 Uhr

Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Kinostar Arthaus – Marrahaus, Kirchbrunnenstr. 3, Heilbronn

Hildesheim

17. September 2024 18.00 Uhr

„Schafft Rote Hilfe!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands in der Weimarer Republik

und unter dem NS-Faschismus Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

veranstaltet von: Rote Hilfe OG Hannover

Kulturfabrik Löseke e.V., Langer Garten 1, Hildesheim

Karlsruhe

26. Oktober 2024 16.00 Uhr

Feier mit Buffet, Musik und Vortrag „Schafft Rote Hilfe!“ – Die Rote Hilfe Deutschlands

in der Weimarer Republik und unter dem NS-Faschismus mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

P8, Schauenburgstraße 5, Karlsruhe

Mainz

11. Oktober 2024 19.30 Uhr

Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Infoladen Ella Janecek, Zanggasse 21, Mainz

Moers

17. September – 02. Oktober 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 15 – 20 Uhr, Freitag 15 – 22 Uhr, Samstag 14 – 22 Uhr

veranstaltet von: Rote Hilfe OG Oberhausen

Juno – Jugendzentrum Nord, Lintforter Str. 132, Moers

Oberhausen

02. Oktober 2024 18.00 Uhr

Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Kino im Walzenlager, Hansastr. 20, Oberhausen

06. – 19. Oktober 2024

Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“

in der Unterhaus-Galerie, Öffnungszeiten siehe Unterhaus-Programm

► 06. Oktober 2024 18.00 Uhr

„Frauen in der Roten Hilfe Deutschlands“ Vortrag mit Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

im Rahmen der „Antifa-Kneipe im Unterhaus“, Küfa ab 17.00 Uhr

► 19. Oktober 2024 18.00 Uhr

Film „Wir sind so frei“

Unterhaus, Friedrich-Karl-Str. 4, Oberhausen

Wiesbaden

24. Oktober 2024 19.00 Uhr

Film „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

Infoladen, Blücherstraße 46 im Hinterhaus, Wiesbaden

100 JAHRE ROTE HILFE



23.08. – 25.08. **Berlin**

FESTIVAL

23.08.2024 – 19 Uhr – S036 – Konzerte
Finna – Zartcore-Rap und feministisches Empowerment
Udo Butter & das Team – Reggae, Dub und Ska gegen reiche Pisser
Drowning Dog and Malatesta – Klassenbewusster Electro-Rap
Adar Ensemble – Kurdische Folkmusik für alle, die die Freiheit lieben

24.08.2024 – 14 Uhr – Rio-Reiser-Platz – Straßenfest
Live-Musik und politische Beiträge, „100 Jahre Rote Hilfe“-Stand, Infostände

16.00 Uhr – 17.30 Uhr
Podiumsdiskussion „Schädigende Haftbedingungen und Überlebensbedingungen“
 mit Christine Graebisch, Karl-Heinz Dellwo, Ulrich Lewé und Manuel Matzke

Yok – Poketpunk
Grips und Schaden – Vermummt im Hinterhalt aus bittersüßen Melodien wartet das Nachdenken!
Konny – Kleinkunztpunk
The Incredible Herrengedeck – Berliner Chanson Punk

24.08.2024 – 14 Uhr – Aquarium
Ausstellung „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“
Dokumentarfilm „Solidarität verbindet – 100 Jahre Rote Hilfe“

24.08.2024 – 19 Uhr – S036 – Konzerte
nia2161 – Underground-Rap, strongly political und deeply personal.
PTK & Sechser – Rap mit Haltung und gegen Amazon.
Deutsche Laichen – Punk gegen Sexismus, Macker und Bullen.
d.i.P – Experimental Jazz-Synthwave-Punk!

25.08.2024 – 0:30 Uhr – S036 – Rote Hilfe Klubnacht
 DJ's: **Stimgirl fat (SLIC Unit), Vanta V Black**



Über die Rote Hilfe

Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus allen linken Spektren unterstützt. Sie konzentriert sich auf von Repression Betroffene, die ihren politischen Schwerpunkt in der BRD haben, bezieht aber auch nach Kräften Verfolgte in anderen Ländern ein. Die Unterstützung durch die Rote Hilfe gilt allen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns, z. B. wegen Teilnahme an Demonstrationen, Aktionen oder spontanen Streiks, wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für „staatsverunglimpfende“ Schriften oder wegen Widerstands gegen polizeiliche Übergriffe, vor Gericht gestellt und verurteilt werden oder andere Formen staatlicher Repression erleiden.

1. Politische und materielle Hilfe

Die in der Roten Hilfe aktiven Menschen bereiten zusammen mit den Angeklagten die jeweiligen Prozesse vor und machen die politischen Hintergründe in der Öffentlichkeit bekannt. Sie sorgen mit Solidaritätsveranstaltungen, Spendensammlungen und Zuschüssen aus den Beitragsgeldern der Mitgliedschaft dafür, dass die finanziellen Belastungen von vielen gemeinsam getragen werden. Insbesondere Anwalt*innen- und Gerichtskosten können teilweise oder ganz übernommen werden. Es können aber auch Zahlungen zum Lebensunterhalt geleistet werden, wenn hohe Geldstrafen, Verlust des Arbeitsplatzes oder Haft die Betroffenen und ihre Angehörigen in Schwierigkeiten gebracht haben. Zu politischen Gefangenen wird persönlicher Kontakt gehalten, und es wird dafür eingetreten, dass die Haftbedingungen der Eingekerkerten sich verbessern und insbesondere die Isolationshaft gänzlich aufgehoben wird; wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen.

2. Die Rote Hilfe ist keine karitative Einrichtung

Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung sein. Jede*r, die*der sich am Kampf beteiligt, soll das im Bewusstsein tun können, dass sie*er auch hinterher, wenn sie*er Strafverfahren angehängt bekommt, nicht alleine dasteht. Ist es einer der wichtigsten Zwecke staatlicher Unterdrückung, diejenigen, die gemeinsam auf die Straße gegangen sind, durch Herausgreifen Einzelner voneinander zu isolieren und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken, so stellt die Rote Hilfe dem das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt damit zum emanzipatorischen Weiterkämpfen. Außer der unmittelbaren Unterstützung für von staatlicher Repression Betroffene sieht die Rote Hilfe ihre Aufgabe auch darin, sich im allgemeinen Sinne an der Abwehr politischer Verfolgung zu beteiligen. Sie wirkt z. B. schon im Vorfeld von Demonstrationen darauf hin, dass die Teilnehmer*innen sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Festnahmen durch die Staatsgewalt schützen. Sie engagiert sich gegen die fortschreitende Verschärfung der Staatsschutzgesetze, gegen den weiteren Abbau von Rechten der Verteidigung, gegen die Isolationshaft und gegen weitere Beschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

3. Mitgliedschaft und Organisation der Arbeit in der Roten Hilfe

Der Roten Hilfe gehören nur Einzelpersonen als Mitglieder an. Es gibt keine kollektive Mitgliedschaft von Gruppen oder Organisationen – wenn auch oft Mitglieder anderer linker Strukturen gleichzeitig Mitglieder der Roten Hilfe sind. Die Rote Hilfe organisiert ihre Arbeit auf zwei Ebenen. Zum einen bundesweit: Die Mitglieder wählen Delegierte zur Bundesdelegiertenversammlung, welche über die Grundsätze und Schwerpunkte der Rote-Hilfe-Arbeit entscheidet.

Mit ihren Mitgliedsbeiträgen schaffen sie die materielle Grundlage für die Unterstützungen. Für die zweckentsprechende Verwendung der Gelder (Mitgliedsbeiträge und zu bestimmten Anlässen gesammelte Spenden) und für die laufende Arbeit ist der Bundesvorstand verantwortlich. Er organisiert Spendenaktionen und zentrale Kampagnen zu bestimmten Anlässen. Die Informierung der Mitglieder und die Öffentlichkeitsarbeit auf Bundesebene werden im Wesentlichen durch die vierteljährlich vom Bundesvorstand herausgegebene Rote-Hilfe-Zeitung sowie durch Presseerklärungen und die



Homepage geleistet. Zum anderen gibt es in vielen Städten Ortsgruppen der Roten Hilfe, die bei lokalen Repressionsschlägen die praktische Solidaritätsarbeit umsetzen und direkt vor Ort für die Betroffenen ansprechbar sind.

4. Die Rote Hilfe versteht sich als Solidaritätsorganisation für die gesamte Linke

Das heißt nicht, dass sie irgendeinen Alleinvertretungsanspruch erhebt (im Gegenteil strebt sie die Zusammenarbeit mit möglichst vielen anderen Prozessgruppen, Soli-Fonds, Antirepressions-Gruppen, Ermittlungsausschüssen usw. an), sondern das heißt, dass sie an sich selbst den Anspruch stellt, keine Ausgrenzungen vorzunehmen. In ihrer Satzung verpflichtet sie sich:

„Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesre-

publik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter*innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.“ (aus §2 der Satzung der Roten Hilfe)

Die Rote Hilfe will nicht nur materielle, sondern auch politische Unterstützung leisten, will also das, wofür jemand verfolgt wird, soweit es möglich ist, auch in der Öffentlichkeit vertreten. Deshalb sucht sie mit denen, die sie unterstützt, die politische Auseinandersetzung, nimmt eventuell auch zu ihrer Aktion Stellung. Aber sie macht vom Grad der Übereinstimmung nicht ihre Unterstützung abhängig. Diese politische Offenheit war für die Rote Hilfe nicht immer selbstverständlich (vgl. dazu den Katalog „100 Jahre Rote Hilfe 1924 – 2024“). Dass sie heute nicht nur in der Satzung fixiert, sondern alltägliche Praxis ist, erkennt mensch vielleicht am ehesten an den Fällen konkreter Unterstützungszahlungen. Die Fälle der unterstützten oder abgelehnten Anträge des jeweils letzten Quartals werden auszugsweise in jeder Rote-Hilfe-Zeitung veröffentlicht.

5. Braucht die Linke eine bundesweite strömungsübergreifende Solidaritätsorganisation?

In der Regel erhalten Leute, die staatlicher Repression ausgesetzt sind, Unterstützung aus dem politischen Umfeld, in dem die verfolgte Aktion gelaufen ist. Wer z. B. wegen der Blockade einer Militäreinrichtung verurteilt wurde, wird in erster Linie mit der Solidarität von Gruppen aus der Friedensbewegung rechnen können, verfolgte Antifaschist*innen mit der Solidarität aus der Antifa-Bewegung usw. Die Rote Hilfe ist der Meinung, dass diese naheliegende Form der Solidarität die wichtigste überhaupt ist und beabsichtigt keineswegs, sie zu ersetzen – wohl aber, sie zu ergänzen.

Es gibt immer auch Menschen, die als Einzelne z. B. an einer Demonstration teilnehmen und im Falle ihrer Festnahme nicht unbedingt auf einen unmittelbaren Unterstützungskreis zurückgreifen können. Manchmal sind die Belastungen durch Prozesskosten oder auch die Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit so hoch, dass sie von einer Gruppe allein nicht getragen werden können. In vielen Fällen ziehen sich Ermittlungen, Anklageerhebungen und Prozesse durch mehrere Instanzen so lange hin, dass sich die politischen Zusammenhänge in der Zwischenzeit längst verändert haben, und wenn das Urteil rechtskräftig wird, niemand mehr für Unterstützung ansprechbar ist.

Aus diesen Gründen halten wir eine Solidaritätsorganisation für notwendig,

- ▶ die unabhängig von politischen Konjunkturen kontinuierlich arbeitet
- ▶ die aufgrund eines regelmäßigen Spendenaufkommens verlässlich auch langfristige Unterstützungszusagen machen kann
- ▶ die bundesweit organisiert und nicht an Großstädte gebunden ist
- ▶ die sich für die politisch Verfolgten aus allen Teilen der linken Bewegung verantwortlich fühlt
- ▶ die auf Gesetzesverschärfungen und Prozesswellen bundesweit reagieren kann.

Für die Möglichkeit diese Zeitung beizulegen, bedanken wir uns ganz herzlich bei:

ak analyse & kritik Erscheinungstermin: 20.08.2024	junge Welt DIE TAGESZEITUNG Erscheinungstermin: 02.08.2024
contrast e zeitung für selbstorganisation Erscheinungstermin: Septemberausgabe	jungle.world Erscheinungstermin: 15.08.2024
der Freitag Erscheinungstermin: 15.08.2024	nd JOURNALISMUS VON LINKS Erscheinungstermin: 18.08.2024
graswurzel revolution Erscheinungstermin: 30.08.2024	uz unsere zeit SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG – ZEITUNG DER DLRP Erscheinungstermin: 23.08.2024

Impressum
Erscheinungsdatum: 02.08.2024
Auflage: 107.200 Exemplare
Herausgeber:
Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.
www.rote-hilfe.de
V.i.S.d.P.: A. Sommerfeld
PF 3255, 37022 Göttingen

Bildrechte: Trotz sorgfältiger Recherche war es nicht in allen Fällen möglich, die Inhaber*innen der Bildrechte zu ermitteln. Wir bitten deshalb gegebenenfalls um Mitteilung.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Spendenkonto
Rote Hilfe e. V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an die*den Adressat*in Eigentum der Roten Hilfe e. V. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an die Rote Hilfe e. V. zurückzusenden.

Bitte Zutreffendes ankreuzen, in Großbuchstaben ausfüllen, ausschneiden und senden an: Rote Hilfe e. V., Bundesgeschäftsstelle, PF 3255, 37022 Göttingen oder QR-Code nutzen zum Onlinebeitritt

<p>BEITRITTSERKLÄRUNG</p> <p><input type="checkbox"/> Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e. V.</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert</p> <p><input type="checkbox"/> Ich zahle per Dauerauftrag mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“ auf das Konto der Roten Hilfe e. V., Sparkasse Göttingen IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39, BIC: NOLADE21GOE</p> <p>ODER</p> <p><input type="checkbox"/> Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e. V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die*der Kontoinhaber*in die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der*des Kontoinhaber*in und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.</p> <p>Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZ00000318799 Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt</p>	<p>ÄNDERUNG DER BEITRAGSHÖHE</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und erhöhe meinen Beitrag</p> <p>Meine Anschrift / Bankverbindung</p> <p>Vorname / Name Mitglied _____</p> <p>Straße / Hausnummer _____</p> <p>Postleitzahl / Wohnort _____</p> <p>Telefonnummer _____</p> <p>E-Mail _____</p> <p>Name und Sitz des Kreditinstituts _____</p> <p>BIC _____</p> <p>IBAN _____</p> <p>Datum / Unterschrift Mitglied _____</p>	<p>ONLINEBEITRITT ▶▶▶</p> <p>Ich zahle einen Mitgliedsbeitrag von</p> <p><input type="checkbox"/> jährlich 90 Euro oder anderer Betrag _____ Euro</p> <p><input type="checkbox"/> halbjährlich 45 Euro oder anderer Betrag _____ Euro</p> <p><input type="checkbox"/> vierteljährlich 22,50 Euro oder anderer Betrag _____ Euro</p> <p><input type="checkbox"/> monatlich 7,50 Euro oder anderer Betrag _____ Euro</p> <p>Ich zahle einen Solibeitrag von</p> <p><input type="checkbox"/> jährlich 120 Euro oder anderer Betrag _____ Euro</p> <p><input type="checkbox"/> monatlich 10 Euro oder anderer Betrag _____ Euro</p> <p>Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich.</p> <p>Der ermäßigte Mindestbeitrag für Schüler*innen, Erwerbslose usw. beträgt 5 Euro monatlich.</p> <p>Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.</p>	
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--